Vertrag

über die Beauftragung gemäß § 5 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettdG) vom 02.10.2007 (Niedersächs. GVBL. S. 473) zur Durchführung des Rettungsdienstes im Landkreis Wolfenbüttel

zwischen

dem Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstraße 11, 38300 Wolfenbüttel –vertreten durch Landrat Jörg Röhmann o.V.i.A.

im Folgenden „Rettungsdienstträger“ genannt

und

dem Deutschen Roten Kreuz –Kreisverband Wolfenbüttel e.V.- Dietrich-Bonhoeffer-Straße 8, 38300 Wolfenbüttel –vertreten durch den Vorstand

im Folgenden „Beauftragter“ genannt.

Präambel

Das DRK - Kreisverband Wolfenbüttel - führt für den Landkreis Wolfenbüttel seit dem Jahr 1978 den qualifizierten Krankentransport aus. Gleichzeitig wurde dem DRK auch der Betrieb der Rettungsleitstelle übertragen. In den Jahren ab 1981 entstand beim DRK neben dem qualifizierten Krankentransport ein moderner Notfallrettungsdienst mit bodengebundenem Notarztsystem. Für die Bereiche des Katastrophenschutzes und der Großschadensereignisse stellt das DRK seit 1978 ehrenamtliche Einheiten in den Bereichen Sanitäts- und Betreuungsdienst. Bei größeren Notfällen wird der öffentlich-rechtliche Rettungsdienst durch ehrenamtliche Einsatzkräfte des DRK ergänzt, verstärkt und unterstützt.

Nach Inkrafttreten des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes im Jahr 1983 war das DRK maßgeblich an Planung und Umsetzung der erweiterten Rettungsdienststruktur im Landkreis Wolfenbüttel beteiligt. Im Einvernehmen mit den örtlich zuständigen Krankenkassen wurden zwei zusätzliche Rettungswachen in Dorstadt und Schöppenstedt eingerichtet. Das DRK ist für die Besetzung des in Wolfenbüttel stationierten Christoph-Rettungshubschraubers mit Rettungsassistenten zuständig und verantwortlich.

In den jährlichen Entgeltverhandlungen mit den örtlich zuständigen Kostenträgern weist das DRK die Wirtschaftlichkeit seines Rettungsdienstes nach. Dieser Nachweis spiegelt sich auch im jährlichen Kennzahlenvergleich, den der Landesausschuss Rettungsdienst erstellt, wider.

Durch diesen Vertrag soll die seit Jahrzehnten zwischen dem Landkreis Wolfenbüttel und dem Deutschen Roten Kreuz bewährte enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Rahmen des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes zum Wohle der Bevölkerung fortgeführt werden.

§ 1

Geltungsbereich, Beauftragung, Verpflichtungen

- (1) Der Landkreis Wolfenbüttel beauftragt das DRK - Kreisverband Wolfenbüttel e.V. - nach § 5 NRettDG mit der Durchführung der Leistungen des Rettungsdienstes gemäß § 2 Abs. 2 und dem Betrieb der Einrichtungen nach § 4 Abs. 4 Satz 1 NRettDG. Die Versorgung des Rettungsdienstbereiches mit Intensivtransportwagen obliegt dem Rettungsdienstträger. Die Beauftragung erfolgt auf der Grundlage des NRettDG in der jeweils gültigen Fassung sowie des jeweils gültigen Rettungsdienst-Bedarfplanes, der nach dem NRettDG im Benehmen mit den Kostenträgern aufgestellt wurde und regelmäßig fortgeschrieben wird.
- (2) Der Beauftragte kann Rechte und Pflichten dieses Vertrages auf eine DRK-Gesellschaft mit Sitz in Wolfenbüttel übertragen. Die Übertragung der Vertragsbeziehungen ist dem Rettungsdienstträger mit einer Frist von drei Monaten vor dem Übergang anzuzeigen.
- (3) Genehmigungspflichtige Beförderungen von Personen nach dem Personenbeförderungsgesetz werden von diesem Vertrag nicht berührt.
- (4) Die jeweils gültige Vereinbarung des Rettungsdienstträgers mit den Kostenträgern über die Erhebung der Entgelte für die Leistungen des Rettungsdienstes ist Bestandteil dieses Vertrages. Eine anstelle einer Entgeltvereinbarung oder einer zusätzlich zur Entgeltvereinbarung vom Rettungsdienstträger erlassene Gebührensatzung für die Notfallrettung und den qualifizierten Krankentransport wird in der jeweils gültigen Fassung ebenfalls Bestandteil dieses Vertrages.
- (5) Der Rettungsdienstträger hat das Recht, jederzeit sämtliche dem Rettungsdienst dienenden Einrichtungen nach vorheriger Anmeldung zu besichtigen und zu überprüfen.
- (6) Der Beauftragte verpflichtet sich zur Einführung bzw. Aufrechterhaltung eines Qualitätssicherungssystems gemäß EN ISO 9001:2000 in seinem Rettungsdienst. Entsprechende Nachweise sind regelmäßig zu erbringen.
- (7) Der Beauftragte verpflichtet sich zur engen Zusammenarbeit seines Rettungsdienstes mit den Einheiten des Katastrophenschutzes, um bei größeren Schadensereignissen die Kompatibilität zwischen Personal und Material sicherstellen zu können. Regelmäßige Übungen und Ausbildungen sind nachzuweisen.
- (8) Der Beauftragte hat auf Weisung der Rettungsleitstelle geeignetes Rettungsdienstpersonal sowie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes begleitend für Einsätze der Feuerwehr nach dem Brandschutzgesetz und Einsätze der Polizei auf der Grundlage des allgemeinen Gefahrenabwehrrechts bereitzustellen.

- (9) Die Gestellung von Notärzten für die Primärrettung wird bis auf Weiteres vom Träger des Rettungsdienstes sichergestellt. Der Beauftragte stellt die Notärzte für arztbegleitete Verlegungstransporte (Sekundärtransporte). Die eingesetzten Notärzte sind dem Rettungsdienstfachpersonal in medizinischen Angelegenheiten weisungsbefugt.
- (10) Die Ausstattung der Fahrzeuge muss dem Stand der Notfallmedizin und dem Stand der Technik entsprechen. Die einschlägigen DIN-Vorschriften zur Ausstattung und Bestückung sind zu erfüllen. Für dringliche arztbegleitete RTW-Verlegungen ist zusätzlich entsprechende medizinisch-technische Ausstattung nach Maßgabe des „Ärztlichen Leiters Rettungsdienst“ im Landkreis Wolfenbüttel vorzuhalten.
- (11) Die erforderlich werdenden Hygiene- und Desinfektionsmaßnahmen müssen unter der verantwortlichen Leitung einer Fachkraft für Hygiene im Rettungsdienst dem Stand der Technik entsprechen.

§ 2

Integrierte Rettungsleitstelle (IRLS)

- (1) Die Rettungsleitstelle ist die Einsatzzentrale für den Rettungsdienst eines Rettungsdienstbereiches. Für mehrere Rettungsdienstbereiche kann eine gemeinsame Rettungsleitstelle betrieben werden. Für den Rettungsdienstbereich des Rettungsdienstträgers ist die Integrierte Rettungsleitstelle Braunschweig/Peine/Wolfenbüttel (IRLS) zuständig.
- (2) Die Rettungsleitstelle ist gemäß § 6 Abs. 3 NRettDG gegenüber dem im Rettungsdienstbereich tätigen Personen weisungsbefugt.

§ 3

Örtliche Einsatzleitung (ÖEL)

- (1) Gemäß vertraglicher Regelung mit der Stadt Braunschweig vom 12.12.1995 kann der Rettungsdienstträger bei größeren Notfällen über die gemäß § 7 NRettDG erforderliche ÖEL der Stadt Braunschweig einschließlich der personellen- und materiellen Komponenten, wie sie sich aus der Dienstanweisung - DA MANV- in der jeweils gültigen Fassung ergeben, verfügen. Die ÖEL übernimmt bei einem größeren Notfall am Einsatzort Aufgaben der Rettungsleitstelle.

- (2) Der Beauftragte hat Planungen über vorbereitende Maßnahmen im Falle eines MANV-Einsatzfalls im Landkreis Wolfenbüttel zu treffen und dem Landkreis vorzulegen. Die ehrenamtlichen Kräfte der DRK-SEG einschließlich ihrer Führungs- und Leitungskräfte sind in das Konzept einzubinden. Die vorbereitenden Konzepte sollen geeignet sein, eine Schnittstelle zu den MANV-Planungen zu bilden. Insofern ist eine enge Abstimmung der Konzepte erforderlich. Die Konzepte sollen auch dafür geeignet sein, größere Schadenereignisse unterhalb der MANV-Schwelle strukturiert abarbeiten zu können.

§ 4

Haftung

- (1) Die Verantwortung für die Einsatzabwicklung ab Einsatzauftrag durch die Rettungsleitstelle vom Abrücken von den Rettungswachen bis zur Rückkehr dorthin liegt beim Beauftragten. Dem Beauftragten obliegt die Verantwortung für die Durchführung der ihm im Rahmen der Beauftragung übertragenen Aufgaben.
- (2) Die Wahrnehmung der Aufgabe „Rettungsdienst“ ist der hoheitlichen Betätigung zuzurechnen. Bei Pflichtverletzungen durch ärztliches- und nichtärztliches Rettungsdienstpersonal ergibt sich grundsätzlich eine Amtshaftung durch den Träger des Rettungsdienstes.
- (3) Der Beauftragte verpflichtet sich, mögliche zivilrechtliche Haftungsrisiken durch entsprechende Versicherungen für die Dauer dieses Vertragsverhältnisses abzusichern. Der Rettungsdienstträger ist berechtigt, Einsicht in die Versicherungen zu nehmen.

§ 5

Personal

- (1) Das im Rettungsdienst eingesetzte Personal muss den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 1 NRettdG genügen. Der Rettungsdienstträger kann nach Abstimmung mit dem Beauftragten für das Einsatzpersonal im Rettungsdienst verbindliche Dienstanweisungen erlassen, die weitere Anforderungen definieren. Das Personal ist auf den laut Bedarfsplan festgelegten Rettungswachen einsatzbereit zu halten.

- (2) Die Sicherstellung der Besetzung der Rettungsmittel erfolgt überwiegend durch hauptamtliches Personal mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträgen. Sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie z.B. ZDL, FSJler, geringfügig Beschäftigte, ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen ergänzend eingesetzt werden. Die Patientenversorgung und –betreuung ist in Notfällen grundsätzlich durch eine/einen hauptamtliche/n Mitarbeiter/in sicherzustellen.
- (3) Auf Basis der in § 10 Abs. 2 NRettDG geforderten Mindestanforderungen hat der Beauftragte die Rettungsmittel entsprechend der qualitativen und medizinischen Anforderungen mindestens wie folgt zu besetzen: Rettungswagen (RTW) Fahrer: Rettungssanitäter, Beifahrer: Rettungsassistent, Notarzteinsatzfahrzeug (NEF) Fahrer: Rettungsassistent, Krankenkraftwagen (KTW) Fahrer: Rettungshelfer, Beifahrer: Rettungssanitäter.
- (4) Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst sind entsprechend der „Ordnung für die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Deutschen Roten Kreuzes, Teil Rettungsdienst“ in der jeweils gültigen Fassung zu qualifizieren. Die Beschäftigung einer Lehrrettungsassistentin/eines Lehrrettungsassistenten ist für die Zusammenarbeit mit der Ärztlichen Leiterin oder dem Ärztlichen Leiter für die Überwachung des Ausbildungsstandes gemäß § 10 Abs. 3 NRettDG verbindlich sicherzustellen.
- (5) Der Qualifikationsstandard der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist insbesondere für den Einsatz in der Notfallrettung in Bezug auf den Status der Notkompetenz durchgängig zu dokumentieren und auf Verlangen des Trägers nachzuweisen.
- (6) Der Rettungsdienststräger informiert den Beauftragten über die wesentlichen Beratungen und Entscheidungen des Leitstellenausschusses. Der Beauftragte erhält – nach Abstimmung mit dem Rettungsdienststräger – die Möglichkeit, über die festen Mitglieder des Rettungsdienststrägers im Leitstellenausschuss Beratungspunkte in den Ausschuss einzubringen.
- (7) Der DRK Kreisverband benennt eine Vertreterin/einen Vertreter für die Teilnahme an den Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern. Dies gilt auch für zukünftige Arbeitskreise, die sich mit Struktur- und Grundlagenfragen zum Rettungsdienst im Landkreis Wolfenbüttel befassen.

Finanzierung, Einzug der Rettungsdienstentgelte

- (1) Der Träger des Rettungsdienstes vereinbart gemäß §§ 14 und 15 NRettdG zur Deckung der ermittelten betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten des Rettungsdienstes mit den örtlich zuständigen Kostenträgern privatrechtliche Entgelte für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes. Es können auch pauschale Leistungsentgelte sowie ein- oder mehrjährige pauschalierte Jahresentgelte vereinbart werden. Die Summe der Entgelte muss die vom Träger des Rettungsdienstes und den Kostenträgern einvernehmlich festgestellten notwendigen Gesamtkosten des Rettungsdienstes decken. Maßstab für die Notwendigkeit sind die Kosten eines wirtschaftlich arbeitenden Rettungsdienstes. Die Richtlinien des Landesausschusses Rettungsdienst für die Ermittlung der betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten finden uneingeschränkte Anwendung.
- (2) Der Beauftragte zieht die Entgelte im Namen und im Auftrag des Trägers des Rettungsdienstes ein. Der Rettungsdienstträger hat dem Beauftragten gem. §§ 65 NLO, 99 NGO insoweit die Kassengeschäfte übertragen. Dem Beauftragten obliegt auch das Mahn- und Vollstreckungsverfahren.
- (3) Der Beauftragte führt die Kassengeschäfte nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung und verpflichtet sich zu der Erstellung von Jahresabschlüssen nach den handelsrechtlichen Grundsätzen. Die Kassenaufsicht wird vom Rettungsdienstträger wahrgenommen. Das Prüfrecht des Rettungsdienstträgers nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften bleibt unberührt.
- (4) Sofern pauschale Leistungsentgelte vereinbart sind, gelten die Kosten des Beauftragten als festes Teilbudget. Die Mittelverwendung erfolgt in eigener Verantwortung.
- (5) Der Beauftragte erstattet dem Rettungsdienstträger für das abgelaufene Kalenderjahr die Kosten bzw. das pauschale Leistungsentgelt. Das Verfahren wird zwischen den Vertragspartnern geregelt.

§ 7

Ergänzungen, Änderungen, salvatorische Klausel

- (1) Ergänzungen oder Änderungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Verbindlichkeit der Schriftform.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, so bleibt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung soll eine Regelung treten, die der Aufgabenstellung und einer wirtschaftlichen Durchführung des Rettungsdienstes nach dem gesamten Vertragswerk am nächsten kommt.

§ 8

Inkrafttreten, Kündigung

- (1) Dieser Vertrag tritt am 01.01.2008 in Kraft. Er wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Die Vertragsparteien können diesen Vertrag mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren zum 31.12. eines jeden Kalenderjahres schriftlich kündigen, erstmals zum 31.12.2012. Erfolgt die Kündigung nicht fristgerecht, verlängert sich der Vertrag jeweils um ein Jahr.
- (2) Falls es zu einer Kündigung des Vertrages kommt und der bisherige Beauftragte nicht mit der Fortführung des Rettungsdienstes beauftragt wird, ist der Rettungsdienststräger darum bemüht, dass dem bisherigen Beauftragten die Kündigungsfrist von zwei Jahren zur Abwicklung der Arbeitsverhältnisse seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung steht. Gleichzeitig prüft der Rettungsdienststräger in diesem Falle die Möglichkeit der eigenen Übernahme des wesentlichen Anlagevermögens zum Restbuchwert oder die Übernahme durch einen Dritten.
- (3) Unabhängig von Absatz 1 kann der Vertrag fristlos gekündigt werden, falls ein Vertragspartner vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen gesetzliche Bestimmungen oder gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstößt. Der Vertragspartner ist vor der Kündigung anzuhören. Die fristlose Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 9

Aufhebung des bestehenden Vertrages

(1) Der zwischen dem Rettungsdienstträger und dem Beauftragten bestehende Vertrag vom 12.Juli 1994 wird von den Vertragsparteien mit Wirkung zum 31.12.2007 einvernehmlich aufgehoben und durch diesen Vertrag ersetzt.

Wolfenbüttel, den

Wolfenbüttel, den

**Landkreis Wolfenbüttel
Der Landrat**

**Deutsches Rotes Kreuz
-Kreisverband Wolfenbüttel-**

Jörg Röhmann